



Legislaturziele des Gemeinderates für die Legislaturperiode 2017 bis 2021

Ziele nach Themenbereichen:

Attisholzareal

- Die Gemeinde stellt in der Nutzungsplanung sicher, dass in diesem Dorfteil der Raum für öffentliche Bauten und Infrastrukturen ihren nötigen Platz bekommen.
- Mit einer Entwicklungsvereinbarung sollen die finanziellen Rahmenbedingungen fixiert werden.
- Die Gemeinde nimmt in der Planung des Attisholzareals eine aktive Rolle ein und setzt sich für eine naturverträgliche sowie ressourceneffiziente Umsetzung der Umgestaltung ein.
- Ein Mobilitätskonzept für das Attisholzareal muss kommunal, regional erarbeitet und abgestimmt sein.
- Durch eine Begleitkommission ist der regelmässige Austausch zwischen Gemeinde, Kanton, Eigentümerin, Verbänden und Investoren sicher zu stellen.

Finanzen

- Die jährliche, rollende Finanzplanung (ER und IR) wird weiterhin verbessert und durch die Revision als gut taxiert.
- Je Ressort liegt eine rollende Mehrjahresplanung (5-Jahres-Horizont) vor. Diese umfasst Unterhalt, Erneuerung und bei Bedarf Erweiterungen (begründet). Die Ergebnisse der (Ressort-) Mehrjahresplanung werden in der Finanzplanung konsolidiert und darüber mitgesteuert.
- Es wird angestrebt, dass die Pro-Kopfverschuldung langfristig den Wert von CHF 2'000.- nicht übersteigt.
- Bei konstant positiven Abschlüssen wird eine Steuersenkung geprüft.
- Um die Attraktivität für die Ansiedlung von neuen Unternehmen zu fördern, wird eine Steuersenkung für juristische Personen geprüft.

Infrastruktur

- Die Gebietsentwicklung Weiheren wird neu in verschiedenen Teilprojekten weitergeführt. Dabei werden die Bedürfnisse der Gemeinde, der Schule und der Bevölkerung nachhaltig berücksichtigt:
 - Seniorenwohnungen
 - Schulraumplanung
 - Projektplanung neue Turnhalle
 - Sanierungsprojekt bestehende MZH
 - Umnutzung ALST
 - Erweiterung Feuerwehrmagazin
 - Erweiterung Werkhof
- Der Verkauf des Grundstücks GB Riedholz Nr. 400 (Weiheren) soll erneut diskutiert werden - Baurecht versus Verkauf.
- Die Gemeindeverwaltung soll am heutigen Standort bleiben. Es ist genügend Infrastruktur und

Platz vorhanden, um mit dem kommenden Wachstum in der Gemeinde personell Schritt zu halten.

- Falls die Poststelle geschlossen wird, soll geprüft werden, ob die Räume für die Verwaltung oder den Werkhof sowie die Feuerwehr genutzt werden können.
- Sportinfrastrukturen sollen überprüft und ausgebaut werden – Kauf Trainingsplatz etc.

Mensch

- Es soll eine Seniorenbeauftragte Person eingesetzt werden (analog Jugendbeauftragte).
- Es sollen Angebote für regelmässige Nachmittagstreffe geschaffen werden unter Einbezug und Vernetzung der bestehenden Angebote.
- Diese Angebote sollen in allen Dorfteilen durchgeführt werden.
- Die Förderung der ambulanten Pflege soll verstärkt werden, damit die kranken und betagten Menschen in vertrauter Umgebung verbleiben können und ein Heimeintritt verzögert wird (ambulant vor stationär).

Mobilität

- Ein Mobilitätskonzept für die gesamte Gemeinde wird angegangen, das folgende Punkte berücksichtigt:
 - Schulwegsicherung
 - Parkierungsmanagement
 - Tempolimits überprüfen
 - ÖV-Angebote erhalten und verbessern
 - Velo- und Fusswege sichern
 - Langsamverkehr fördern
 - Thema Elterntaxis sensibilisieren
- Regionale Bauprojekte (z.B. Sanierung Baselstrasse, asm Haltstellen etc.) sollen proaktiv mit den zuständigen kantonalen Ämtern sowie mit den Nachbargemeinden koordiniert werden.

Umwelt und Nachhaltigkeit

- Die Gemeinde setzt geeignete Massnahmen im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe, Effizienzsteigerung in den öffentlichen Gebäuden, Information der Bevölkerung zu Energiesparmassnahmen und entsprechendem Förderangebot durch Kanton und Gemeinde um.
- Die im Energiekonzept für 2016 - 2018 festgelegten Massnahmen werden umgesetzt. Für 2018 - 2020 werden diese Ziele weiterverfolgt und im Sinne einer abgestimmten Weiterentwicklung des Konzeptes um neue Massnahmen ergänzt.
- Projekte und Bauvorhaben werden einer Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen.
- Bei der Ortsplanung und -entwicklung werden Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt.
- Der Einsatz von Pestiziden im öffentlichen Raum wird verboten.

Vom Gemeinderat Riedholz am 05. März 2018 als verbindlich verabschiedet.

Jasmine Huber
Gemeindepräsidentin

Beat Graf
Gemeinde-Vizepräsident